



Nr. 7

16. Februar 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde

[Hessen: Öffentlicher Dienst braucht Einkommensplus – Verhandlungen gestartet](#)

Demos gegen Extremismus

[Fandrejewski: „Geht auf die Straße!“](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

[Senat lehnt Zuschuss zum Job-Ticket für öffentlichen Dienst weiterhin ab](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Die Sozialversicherung ist bunt und vielfältig – Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Bauernproteste sollen nicht kriminalisiert werden](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde

Hessen: Öffentlicher Dienst braucht Einkommensplus – Verhandlungen gestartet

Der dbb fordert für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro mehr.

Der dbb Verhandlungsführer Volker Geyer sagte bei der Auftaktkundgebung vor dem Innenministerium am 14. Februar 2024 in Wiesbaden: „Hessen weiterführen“. Das hatte die regierende CDU sich in ihrem Wahlprogramm auf die Fahne geschrieben. In Anlehnung an diesen Slogan wollen wir in den Verhandlungen den TV-H weiterführen.“ Ein leistungsstarker öffentlicher Dienst sei essenziell, um das Land voranzubringen. Konkret fordert der dbb die Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro. Die Ausbildungs- sowie die Praktikanten-Entgelte sollen um 260 Euro erhöht werden. Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen.

„Diese Forderungen sind angemessen und notwendig“, erklärte Geyer. „Die Inflationsrate betrug 2023 noch immer fast sechs Prozent, wobei die ohnehin schon hohe Inflationsrate von 2022 hinzukommt.“ Gleichzeitig werden die Aufgaben für den öffentlichen Dienst immer mehr. „Der öffentliche Dienst muss viele Herausforderungen wie den demografischen Wandel und die Digitalisierung stemmen. Zugleich bietet der Arbeitsmarkt auch zwischen Kassel und Darmstadt immer weniger geeignetes Personal für die verantwortungsvollen Tätigkeiten. Bei der Suche nach geeigneten Fachkräften ist die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft größer denn je. Es geht mittlerweile nicht nur darum, neue Leute zu gewinnen, sondern auch die vorhandenen Kolleginnen und Kollegen zu halten.“

Für Heini Schmitt, Chef des dbb Landesbundes Hessen, ist klar: „Es muss nicht nur ein kraftvoller Tarifabschluss her, sondern das Ergebnis muss auch zeitgleich und systemkonform auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen werden, um auch auf diese

Weise einer verfassungskonformen Alimentation einen wichtigen Schritt näherzukommen.“ Es dürfe sich keine Lohnlücke zwischen Hessen und den anderen Bundesländern aufbauen. „Hessen weiterführen“ bedeutet auch, mit den anderen Bundesländern mitzuhalten. Die neue Landesregierung darf nicht riskieren, dass Hessen gegenüber den anderen Bundesländern an Attraktivität für die dringend benötigten Fachkräfte einbüßt.“

Nach dem Auftakt war die Stimmung jedoch gemischt. „Wir wissen nach diesem Auftakt im Groben, was möglich ist und dass das Land Hessen unsere Forderungen nicht vollständig blockiert“, fasste Geyer die ersten Gespräche zusammen. Diese Bereitschaft sei loblich, aber bei Weitem nicht ausreichend. „Der neue Innenminister sagt zwar, er habe die schwierige Lage des öffentlichen Dienstes erkannt. Leider sind die bisherigen Zugeständnisse unzureichend und werden die Lage nicht maßgeblich verbessern.“ Beide Seiten seien sich einig, dass der öffentliche Dienst ein attraktiver Arbeitgeber bleiben müsse. „Die Landesregierung muss zeigen, dass sie es mit den Verbesserungen für die hessischen Beschäftigten ernst meint. Über die nächsten Wochen werden wir unseren Forderungen weiter Gehör verschaffen und hoffen auf eine konstruktive Fortsetzung der Verhandlungen.“

Hintergrund:

Die Verhandlungen betreffen direkt etwa 45.000 Arbeitnehmende, indirekt knapp 120.000 Beamtinnen und Beamte sowie 95.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, auf die das Tarifergebnis übertragen werden soll. Alle Informationen zur Einkommensrunde gibt es unter dbb.de/einkommensrunde.

Demos gegen Extremismus Fandrejewski: „Geht auf die Straße!“

Bundesweit haben an den vergangenen Wochenenden zahlreiche Menschen gegen Rechtsextremismus demonstriert. Der Vorsitzende der dbb jugend ruft dazu auf, sich zu beteiligen.

„Die vielen Demonstrationen sind ein starkes Signal und ein Lichtblick“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 12. Februar 2024 in Berlin. „Die Tatsache, dass Menschen, die offen rassistisches und rechtsextremes Gedankengut vertreten, in Landtagen und sogar im Bundestag sitzen, bereitet mir großen Kummer. Und wenn ich die Umfragewerte sehe, bekomme ich Angst um die Zukunft unseres Landes.“

Es sind viele Fragen, die den Vorsitzenden beschäftigen: Wie würde sich Deutschland entwickeln, wenn extremistische politische Kräfte in Regierungsverantwortung kommen? Welche Folgen hätte das für den öffentlichen Dienst? 2024 stehen viele Wahlen an: die Europawahl,

außerdem die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Fandrejewski: „Wir stehen am Anfang eines wichtigen Jahres für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Als Gewerkschaft müssen wir für diese Werte einstehen und sie verteidigen. Die Enthüllungen von Correctiv haben endgültig offenbart, welche menschenverachtende Gesinnung sich hinter der bürgerlichen Maske von manchen Politikerinnen und Politiker verbirgt.“

Alle Gewerkschaften, egal ob auf Bundes-, Landes-, Kreis- oder Bezirksebene, seien Rädchen im großen Motor der Demokratie, unterstrich Fandrejewski. „Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass dieser Motor weiterläuft. Geht auf die Straße!“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

Senat lehnt Zuschuss zum Job-Ticket für öffentlichen Dienst weiterhin ab

Am 12. Februar 2024 hat der Vorsitzende des dbb hamburg, Thomas Treff mit dem 1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Peter Tschentscher über zahlreiche Themen des öffentlichen Dienstes diskutiert.

Beide stimmten überein, dass ein hohes Interesse an einem funktionierenden öffentlichen Dienst in Hamburg besteht. Gerade in den aktuell unruhigen Zeiten sei der öffentliche Dienst ein Stabilitätsanker. Treff machte deutlich, dass der dbb hamburg bereit ist, gemeinsam mit dem Senat daran zu arbeiten, die Funktionsfähigkeit auch für die Zukunft zu erhalten. Dazu müsse aber auch ein besonderer Fokus auf die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen und deren Arbeitszufriedenheit gelegt werden.

Hinsichtlich eines Zuschusses zum Job-Ticket und generellen zum Umgang mit dem Thema

„Amtsangemessene Alimentation“ gab es einen intensiven Austausch, aber keine inhaltliche Übereinstimmung. Tschentscher machte deutlich, dass es auch weiterhin keinen Zuschuss zum Jobticket durch die FHH geben werde und der Senat der Auffassung sei, dass die Besoldung durch die Anpassungszulage und das Besoldungsstrukturgesetz verfassungskonform sei. Für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gelte dieses im Prinzip auch, dort müsse man die noch ausstehende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts abwarten.

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

Die Sozialversicherung ist bunt und vielfältig – Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Viele Motivwagen auf den großen Karnevals- und Faschingsumzügen und besonders die anhaltenden Demonstrationen in der ganzen Bundesrepublik zeigen: Die überragende Mehrheit der Menschen im Land stellt sich rechtsradikalen, menschenfeindlichen und populistischen Bestrebungen entgegen. Auch die GdS wird weiterhin für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz einstehen.

„Die Sozialversicherung ist bunt und vielfältig. Das gilt für ihre Versicherten und auch für ihre Beschäftigten. Als GdS stehen wir vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und stellen uns entschlossen denjenigen entgegen, die diese abschaffen wollen. Dort endet unsere Toleranz“, so der GdS Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner. „In diesem Land sollen sich alle Bürgerinnen und Bürger nach ihren Möglichkeiten entfalten können – unabhängig von Hautfarbe, Religion oder Migrationshintergrund. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.“

Wagner warnt: „Feinde der Demokratie wollen Zweifel säen; an der Politik im Allgemeinen, am Staat und seinen Institutionen. Das dürfen

wir nicht zulassen! Es ist unsere Überzeugung, dass eine funktionierende Sozialversicherung einer der Stabilitätsanker in diesem Land ist. Extremismus und Populismus werden dann groß, wenn die Menschen verunsichert sind.“

Der GdS Bundesvorsitzende erklärte: „Wir kämpfen für eine starke Sozialversicherung, die verlässlich die großen Lebensrisiken der Menschen absichert und an der Seite der Versicherten steht. Denn das stärkt den Zusammenhalt in diesem Land und das Vertrauen in den Staat. Diskriminierung und Demokratiefeindlichkeit lassen wir nicht zu. Nicht in der Politik, nicht in der Sozialversicherung und nicht unter Kolleginnen und Kollegen.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Bauernproteste sollen nicht kriminalisiert werden

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat der Forderung nach Einsatz von Wasserwerfern und dem Verbot von Traktoren bei Demonstrationen vehement widersprochen.

„Die berechtigten Proteste der Landwirte so zu kriminalisieren ist maßlos überzogen und dürfte keiner rechtsstaatlichen Prüfung standhalten“, so DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 15. Februar 2024.

„Die Vorfälle in Biberach sind nicht einmal gründlich überprüft, schon geraten manche Zeitgenossen außer Rand und Band. Dabei sind es gerade die Landwirte, die sich aus Sicht der Polizeipraktiker bei ihren Demonstrationen stets an Auflagen und polizeiliche Anordnungen halten. Es spricht einiges dafür,

dass in Biberach einige Krawallmacher am Werke waren, die mit dem Protest der Landwirte gar nichts zu tun hatten.“

Statt die Ermittlungen abzuwarten, solle jetzt das Versammlungsrecht für diese Gruppe massiv beschränkt werden, das sei völlig unverhältnismäßig und auch falsch. Wendt: „Gründlich ermitteln und bewerten, die Lage beurteilen und dann mit Bedacht eventuell notwendige Konsequenzen ziehen, das ist gute Polizeiarbeit. Alles andere ist populistisches Aufheizen der Situation.“

Namen und Nachrichten

Am 13. Februar 2024 haben die **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)** und die eurobahn GmbH & Co. KG mit dem zuständigen Arbeitgeberverband Nahverkehr e. V. (AVN) in Düsseldorf die Tarifrunde 2023 mit einem sehr guten Abschluss beendet. In der dritten Verhandlungsrunde einigten sich die Tarifparteien darauf, auf Grundlage der aktuellen Marktreferenz im Bereich der Eisenbahnen deutliche Verbesserungen der Einkommens- und Arbeitsbedingungen für alle GDL-Mitglieder bei dem Unternehmen zu vereinbaren. So werden die Entgelte für die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner in allen Entgeltgruppen zum 1. Mai 2024 um mindestens 260 Euro und zum 1. Januar 2025 um nochmals 160 Euro angehoben. Zeitgleich werden auch die Vergütungen der Auszubildenden merklich verbessert. Außerdem beinhaltet der Abschluss neben der bereits anteilig gezahlten Inflationsausgleichsprämie (IAP) von 1 000 Euro weitere IAP-Zahlungen. Diese werden im März 2024 in Höhe von 1 200 Euro sowie im Dezember 2024 in Höhe von 800 Euro bis zur vollen Höhe von 3000 Euro ausbezahlt. Teilzeitarbeitnehmer erhalten die IAP anteilig und für Auszubildende beträgt die IAP 1 500 Euro. Der Abschluss beinhaltet auch weitere, im Markt bereits bekannte Verbesserungen wie die Absenkung der Arbeitszeit für alle Schichtarbeiter der eurobahn GmbH & Co. KG auf die durch-

schnittliche 35-Stunden-Woche ohne Entgeltkürzung bis zum Jahr 2029 und die Einführung der Arbeitszeitregelungen zur grundsätzlichen Fünf-Tage-Woche sowie Verbesserungen bei den Ruhetagsregelungen ab dem Jahr 2025. „Mit diesem Abschluss konnte die GDL auch bei der eurobahn, trotz des schwierigen Umfelds in dem sich das Unternehmen befindet, wertige Verbesserungen für die Eisenbahner erreichen“, so der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. „Somit haben mittlerweile 27 Unternehmen die Bedeutung und Sinnhaftigkeit der Marktreferenz anerkannt.“

An den Notruf 112 wird ganz besonders am 11. Februar erinnert. Dieser jährliche Aktionstag wurde vom Europäischen Parlament, vom Rat der Europäischen Union und von der EU-Kommission im Jahr 2009 gemeinsam und aufgrund der im Datum enthaltenen Notrufnummer (11.2.) eingeführt. Er soll diese Notrufnummer - insbesondere an diesem Tag - noch bekannter machen. „Der **dbb berlin** nutzt diesen Tag auch, um den Menschen, die hinter der 112 stehen und tagtäglich helfen und retten, ganz besonders zu danken“, sagte der dbb Landeschef Frank Becker anlässlich des diesjährigen Aktionstages. Auch der **dbb bremen** nutzte diesen Tag, um den Menschen, die hinter der 112 stehen und tagtäglich helfen und retten, zu danken.

Termine:

14. - 16. März 2024

Einkommensrunde Hessen: Verhandlungen

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

18. April 2024

18. Frauenpolitische Fachtagung

„Familie, Sorgearbeit, Altersarmut - die CAREseite der Medaille“

Weitere Informationen unter www.dbb-frauen.de
